

■ Aktuelle Podiumsdiskussion im Deutschen Bundestag

## Griechenland im Epizentrum der Krisen: Flüchtlingszustrom und Finanzrettung als Bewährungsprobe für Europa

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) / Europa-Union Deutschland – Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag / Centrum Modernes Griechenland (CeMoG) der Freien Universität Berlin  
Berlin, 14. Januar 2016

*Bericht von Claudia Hopf, Grafing b. München*

□ Im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags nahmen Mitte Januar 2016 auf Einladung der Südosteuropa-Gesellschaft fast 200 Personen an einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion zum krisenerschütterten Griechenland teil. Neugier sowie angespannte Erwartungen lagen in der Luft des runden, zweistöckigen und voll besetzten Plenarsaals. Die Diskussion zwischen insgesamt fünf Podiumsteilnehmern entwickelte sich dynamisch, kontrovers, engagiert und auch persönlich. Nach zwei Stunden ging ein angeregtes Publikum aus dem Saal, das noch lange Gesprächsbedarf in den Hallen des Hauses hatte.

Zur Einführung in das Thema stellte Prof. Dr. *Heinz-Jürgen Axt* (Universität Duisburg Essen / Vizepräsident der SOG) in einem kurzen Vortrag die Eckpunkte der dramatischen Entwicklungen Griechenlands in den letzten fünf Jahren anhand von einprägsamen Graphiken und Statistiken dar. Habe die EU nach den langen Jahren der Finanzkrise 2015 scheinbar noch gerade eine Lösung mit Griechenland finden können, so habe sie in der Flüchtlingskrise ihre Steuerungsmöglichkeiten gänzlich verloren und eingebüßt. Die ehemaligen Außengrenzen des Schengen-Raumes seien Anfang 2016 durch nationale Binnen-Grenzschließungen ersetzt worden, die Dublin II-Verordnung von 2003 funktionierte nicht mehr, die Registrierung, Unterbringung, Versorgung der Flüchtlinge ebenfalls nicht, die Außenstaaten der EU seien maßlos überfordert – allen voran Italien und besonders Griechenland. Deutschland werde von vielen Ländern beschuldigt, mit seiner „Willkommens-Kultur“ einen Pull-Faktor für Flüchtlinge nach Nord-Europa ausgelöst zu haben, und sollte sich nach Meinung einiger EU-Staaten daher auch alleine verantwortlich zeigen. Nachdem aufgrund des entstandenen Chaos in Europa auch die Rückführung von Flüchtlingen und ebenfalls Abschiebungen von nicht-anerkannten Asylbewerbern kaum mehr

möglich seien, hätten die Steuerung der Flüchtlingskrise die Flüchtlinge selbst übernommen: zu Fuß und in bislang großer Anzahl.

Axt lieferte zu seinen Ausführungen diverses Zahlenmaterial, das viele unterschiedliche Schlaglichter auf die Thematik warf. Unter anderem nannte er die Anzahl der (registrierten) Flüchtlinge, die 2015 Griechenland querten: Rund 850.000 „Grenzaufgriffe“ von Menschen habe man registriert; 8.500 davon stellten einen Asylantrag in Griechenland selbst, die anderen nahmen die so genannte „Balkanroute“ und zogen weiter. Setze man in allen EU-Ländern die Proportion der Asylbewerber pro 1.000 Einwohnern 2015 in Vergleich, so habe Schweden am meisten Flüchtlinge proportional zur Einwohnerzahl aufgenommen (16,6), gefolgt von Deutschland (13,5), Ungarn, Österreich und Dänemark – alle anderen EU-Staaten deutlich weniger; Griechenland 0,8. Nach theoretisch errechneten „fairen Quoten“ zur Flüchtlingsaufnahme innerhalb der EU (gemessen am BIP, Bevölkerungsanteil, Arbeitslosenrate, etc.) müsse eigentlich Griechenland etwas mehr, Deutschland deutlich weniger Flüchtlinge aufnehmen. Dennoch sei klar, dass die Flüchtlingskrise besonders Griechenland wie kein weiteres Land in der EU auf spezielle Art erschüttere.

Der Moderator der Podiumsdiskussion *Michael Martens* (Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Athen) stellte als zweiten Redner den seit September 2015 neuen Botschafter der Hellenischen Republik in Berlin, *Theodoros Daskarolis*, vor, der bereits mehrere Male Stationen in Deutschland verbrachte, fließend der Sprache mächtig ist und sich sogar als literarischer Übersetzer hervorgetan hat. Daskarolis ging zunächst auf die schwierigen griechisch-türkischen Beziehungen in vielen letzten Jahrzehnten ein, die im Lauf der Flüchtlingskrise nochmals eine neue Dimension erfahren hätten. Doch sei die illegale Migration über die türkisch-griechische Grenze in keiner Weise ein Problem dieser beiden Staaten. Schon lange habe es Fliehende und massenhaft illegale Grenzübertritte zwischen Afrika und Europa gegeben (lange besonders nach Italien und Spanien), doch die EU habe kein offenes Ohr gehabt – bis sie jetzt selbst von den Zahlen, Menschen und Problemen überrannt worden sei. Insofern werde die neue Haltung Deutschlands, Sinneswandel und Problemlösungsansätze sehr positiv aufgenommen (trotz der Verspätung) in allen Ländern der südlichen EU, die so lange übersehen worden seien: Italien, Spanien, Malta, Griechenland. Nach Daskarolis' Einschätzung würde jetzt nicht solch ein Chaos in Europa herrschen, wenn die frühzeitigen Warnungen dieser Länder, des UNHCR sowie der NATO rechtzeitig und verantwortungsbereit erhört worden wären. Die heutige konkrete Lage z.B. auf den fünf griechischen Inseln mit so genannten Hotspots – Lesbos, Chios, Samos, Leros, Kos – sei bar jeder Beschreibung, die Proportion von Inselbewohnern und Flüchtlingen unglaublich, die Lage in jeglicher Hinsicht prekär (auch jetzt im Winter) – und doch gäbe es so viel persönliches Engagement und Hilfsbereitschaft überall in Griechenland, trotz der tief greifenden Wirtschaftskrise.

Nachfolgend schätzte Prof. Dr. *Kai Hailbronner* (Leiter des Forschungszentrums für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht / Universität Konstanz / Beirat im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) die Lage ein. In Griechenland kristallisiere sich seiner Meinung nach das Grundproblem der gesamten EU: Alle Grundregeln, drei Dublin-Verordnungen, Grundsatzvereinbarungen zum europäischen Migrationsumgang seien außer Kraft gesetzt und nicht mehr möglich; Kontrolle, faire Verteilung, Kriterien der Zuständigkeit, Harmonisierung des europäischen Rechts außer Sichtweite. Alle bisherigen Regelungen – ohnehin „auf Sand gebaut“ – seien irreparabel kaputt (Hailbronner erklärte die Systemfehler nach seiner Auffassung detailliert). Theoretisch sei jetzt insofern eine ganz neue Übereinkunft möglich, um eine „wirkliche Europäisierung“ von Asyl-, Flucht- und Migrationsfragen gemeinsam zu regeln.

Doch anders als bei der Lösung der ebenfalls sehr schwierigen europäischen Finanzkrise sah Hailbronner in der Flüchtlingsfrage keine gute Aussicht, dass sich die EU-Staaten jemals einigen werden: Kein Grund und Interesse an gemeinsamer Einigung und Solidarität, kein pan-europäisches Wertesystem, sondern diverse Einzelinteressen an unterschiedlichen Problemlösungen bestimmten in dieser Hinsicht die gänzliche uneinige EU, was sich sicherlich in naher Zukunft auch nicht ändern werde. Hailbronner verdeutlichte, dass jeder Flucht ein komplexer Entscheidungsprozess jedes Ausreisenden zugrunde liege, ein großes Mosaik – in dem es annähernd keine Rolle spiele, welche Chancen der betreffende Migrant am Ende seiner langen und gefährlichen Reise in seinem Zielland habe, als Asylsuchender anerkannt zu werden (zu komplex und unverständlich seien auch die Kriterien für eine zukünftige Anerkennung im Vergleich zu dringlichen Nöten der Flucht und Hoffnung auf ein irgendwie besseres Leben anderswo).

Als vierter Redner analysierte *Manuel Sarrazin*, MdB (Bündnis 90/Die Grünen / Sprecher für Europa-Politik / Vorsitzender der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag) das Flüchtlingsproblem aus seiner Sicht, indem er dafür plädierte, ungeschminkt Fluchtursachen zu betrachten, Versäumnisse in der EU ehrlich zu benennen (von Deutschland z.B. die bisherige Blockade der Verbesserungen im Dublin-System; von Griechenland z.B. die verletzte Pflicht der genauen Flüchtlings-Registrierung), europäische Errungenschaften (z.B. des Schengen-Raums) nüchtern zu betrachten und zu überlegen, was man gemeinsam für ihren Erhalt tun wolle, Überforderungen innerhalb der EU in Absprache miteinander auszugleichen, bestehende Regelungen, die sich nicht bewährt haben (z.B. Dublin I-III) realistisch abzuändern und neue solidarische zu finden. Anders als Hailbronner befand Sarrazin die bisherigen europäischen Asyl-, Flucht- und Migrationsregelungen nicht allein als „Schönwetter-Recht“, sondern ging davon aus, dass es in der EU durchaus eine Wertegemeinschaft gibt. Nur würden die jetzigen „darwinistischen Spiele“ und Alleingänge in der EU sich zurzeit auf dem Rücken der konkret fliehenden Menschen austragen. Sarrazin plädierte dafür, dass alle europäischen Staaten „sich ehrlich machen“, dass die EU-Staaten legale Einwanderungsmöglichkeiten prüften, niemand mit Bestrafungs-Androhungen wie z.B. dem „Rauswurf aus dem Schengen-Raum“ hantiere und sich vor allem alle EU-Staaten mit der Türkei verständigten, um gemeinsame Wege miteinander zu finden.

Moderator Martens stellte zum Abschluss noch einmal verschiedene Nachfragen an die Diskussionsteilnehmer zur Lage Griechenlands im Epizentrum der Krisen. Botschafter Daskarolis stellte dabei klar, dass das brennende Hauptthema für Griechenlands politische Klasse und Bevölkerung die schwer wiegende Finanz- und nicht die Flüchtlingskrise sei. Mit dem dennoch und gleichzeitig gezeigten eindrucksvollen humanitären Engagement im Land gegenüber vielen leidenden Flüchtlingen sähen sich die Griechen zuweilen als „Schützer der europäischen Wertegemeinschaft“, bevor die migrierenden Menschen an Stacheldrahtzäunen und Abweisung verzweifeln, obgleich keines der nachfolgenden Länder entlang der „Balkanroute“ und auch die Zielländer mit annähernd so großen grundlegenden Problemen kämpften wie Griechenland. Daskarolis rief noch einmal in Erinnerung, wie oft sein Land in den letzten Monaten und Jahren um dringende europäische Unterstützung im Umgang mit den Flüchtlingen und EU-Außengrenzen gebeten habe. Bis heute jedoch fehlten erhebliche Teile der Ausrüstung, Maschinen, Boote, Sachverständige, überhaupt unterstützendes Personal, Hilfe zur Registrierung und Versorgung der Mengen von anlandenden und weiter reisenden Menschen. Das Ausbleiben der grundlegendsten Unterstützung bei gleichzeitigen Sanktions-Drohungen gegenüber Griechenland sei mehr als verlogen.

Michael Martens forderte die Diskutanten abschließend auf, zur Initiative und zum vorgeschlagenen Lösungsansatz der European Stability Initiative (ESI) in Bezug auf die europäische Flüchtlingskrise Stellung zu nehmen und griff damit Gedanken und Entscheidungen voraus, die in der Realität zwei Monate später mit den EU-Türkei-Gipfeltreffen im März 2016 aufgegriffen wurden. Alle Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass Griechenland, Deutschland, ja die gesamte EU mit der Türkei verhandeln müsse, welche einen zentralen Partner darstelle, um zu einer nachhaltigen Lösung in der Flüchtlingsfrage zu kommen. Nur auf diesem Wege könne auch versucht werden, dem ausgeprägten Schlepperwesen Herr zu werden und vielen Flüchtlingen den Anreiz zu gefährlichen Reisen zu nehmen, die ohnehin kaum Aussichten auf ein Bleiberecht in der EU hätten. Doch warfen einige Diskutanten auch Zweifel auf, wie verlässlich ein Vertragspartner wie die Türkei mit ihren inneren politischen Problemen und Ansätzen sein könne (Hailbronner) und ob es mit einer gewissen „Basarmentalität“ der türkischen Seite bei so sensiblen und wichtigen Themen zu tatsächlicher Zusammenarbeit kommen könne (Daskarolis). Im Grunde müsse auch mit Ländern wie Libyen, Tunesien, Marokko, etc. dringend verhandelt werden; die Flüchtlingsarbeit in Jordanien und im Libanon gelte es massiv zu unterstützen. Der Schlüssel im Umgang mit allen existenziellen Flüchtlingsfragen liege in Gegenwart und Zukunft jedoch unzweideutig und allein in Europa (Sarrazin).